

J. W. BRÜGEL

## Wölfe im demokratischen Schafspelz

Ein Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit

### I

So irritierend es ist, daß die nachhitlerische deutsche Demokratie immer wieder von sich erfolgreich in den Vordergrund drängenden Elementen kompromittiert wird, die eine Überprüfung ihrer Vergangenheit zu scheuen haben, so beruhigend ist es zugleich, daß eine erfreulich wachsame öffentliche Meinung Nazi-Argumente und Nazi-Ausreden doch meist als das erkennt, was sie sind. Freilich bezieht sich das vielfach auf Vorwände und Ausflüchte, die geographisch auf das Gebiet beschränkt sind, das in der Sprache des Dritten Reiches „Altreich“ genannt wurde. In Dingen, die etwa die Tschechoslowakei oder Polen betreffen, scheint es auch kritischen Geistern schwer, die Spreu vom Weizen zu sondern und den anrühigen Charakter verschiedener Argumente zu durchschauen, die mit der oft wirklich nicht leicht erkennbaren Absicht verbreitet werden, *Hitler* damit reinzuwaschen, daß man einen nichtdeutschen Politiker (der deshalb noch kein Engel sein muß) anschwärzt. Man ist sich auch viel weniger dessen bewußt, welche Art Vergangenheit die Verbreiter dieser Propagandabehauptungen haben, als wenn es sich um Personen handelt, die ursprünglich in der Weimarer Republik beheimatet waren und sich dort zur Geltung brachten.

Ein fast 300 Seiten starkes neues Buch behandelt z. B. den „*Fall Überländer*“<sup>1)</sup> und bemüht sich, durch eine „vergleichende Rechtsanalyse der Verfahren in Pankow und Bonn“ Überländers Unschuld zu beweisen. Daß die Kommunisten in ihrer bedenkenlosen Art und in ihrer krankhaften Sucht, die Bundesrepublik als einen Tummelplatz nazistischer Massenmörder und Abenteurer zu schmähern, auch über den seinerzeitigen Minister Überländer Unwahrheiten verbreitet haben, die leicht als solche zu erkennen sind, ist keines umfangreichen Beweisverfahrens wert. Das Lügen ist ihr Handwerk, aber hier gilt doch, was *Karl Kraus* einmal in die Worte gefaßt hat:

*Die feindlichen Tröpfe  
zerbrachen sich die Köpfe,  
um Lügen auszuhecken.  
Wir wissen, was wahr ist,  
die größere Gefahr ist,  
daß sie unsere Wahrheiten entdecken.*

Worauf es ankommt, ist, es nicht soweit gelangen und *sie* sie entdecken zu lassen, sondern im eigenen Wirkungskreis und aus eigenem Reinlichkeitsbedürfnis für Remedur zu sorgen. Nicht so die Herren, die derart aufdringlich Überländers Unschuld beweisen — es ist nicht das erste Buch dieser Art —, aber das nur dort, wo kein ernster Mensch eine Schuld annimmt. Wie wunderbar kann man sich da in Szene setzen und sich über den Unrechtsstaat *Ulbrichts* entrüsten, als ob man immer nur für den Rechtsstaat geschwärmt hätte, auch als das etwas riskanter war als heute in der Demokratie, die zu verhindern den Nazis nicht gelungen ist! Ach, wie sie sich sonnen im Glanze der als solche leicht durchschaubaren Verleumdungen, mit denen sie und ihresgleichen der kommunistische Lügenapparat bedenkt! Es wäre alles nicht so wichtig, wenn bei der Gelegenheit nicht betont würde, worum es den Herrschaften eigentlich geht: daß die Akten zum Fall Überländer, nämlich zu dem von den Kommunisten aufgezogenen Fall, „ein wichtiger Beitrag zur noch ungeschriebenen Geschichte des tragischen Schicksals der aus der grenzdeutschen Volkstumsarbeit zur NSDAP gestoßenen damals jungen Generation“ sein sollen, „die fast ausnahmslos nach kurzer Zeit in grundsätzliche Gegner-

1) Hermann Raschhofer: Der Fall Überländer. Verlag Fritz Schlichtemayer, Tübingen.

## WÖLFE IM DEMOKRATISCHEN SCHAFSPELZ

schaft zu Dogma und Praxis der Partei geriet“. Inwieweit das Schicksal der wirklich oder angeblich von Hitler enttäuschten Nazis tragischer sein soll als das aufrechter deutscher Demokraten aus der „grenzdeutschen Volkstumsarbeit“, die nach Hitlers Krieg schuldlos Opfer des allgemeinen Deutschenhasses wurden, wird uns nicht verraten. Hingegen wird uns nicht vorenthalten, wo Überländers eifrige Verteidiger der Schuh drückt:

„Eine breite Schicht von Männern, meist in den vierziger oder fünfziger Jahren, hat dieser Partei (NSDAP) guten Glaubens angehört, hat sich in ihrem Rahmen politisch betätigt. Genügt das, um sie grundsätzlich aus dem öffentlichen Leben oder von bestimmten Ämtern auszuschließen?“

Grundsätzlich sollte es schon genügen; über Ausnahmefälle von einstigen Sündern, die durch die demokratische Tat ihre Bekehrung erwiesen haben, ließe sich ja reden. Leider genügt es aber nicht, sonst müßte man sich nicht ständig mit den diversen Überländers beschäftigen, die überdies noch die Unverfrorenheit haben, sich mit einem Ehrenmann vom Range *Ernst Reuters* auf eine Stufe zu stellen. Das NSDAP-Programm stehe, wird generöserweise zugegeben, in vollem Widerspruch zum freiheitlichen Staat, aber das gelte doch auch für die Kommunistische Partei, und wenn bei ehemaligen Kommunisten „eine echte Hinwendung zu rechtsstaatlicher Demokratie möglich und glaubhaft“ sei — „und die Gestalt Ernst Reuters etwa ist ein solches Beispiel“ —, müsse „das gleiche bei gleichen Voraussetzungen auch für frühere Aktive der NSDAP gelten“. Damit ist die Katze aus dem Sack, wobei noch die perfide Bemerkung angefügt wird, man dürfe die Überländers im öffentlichen Leben nicht anfechten, wenn ehemalige Kommunisten „in der Bundesrepublik führende Positionen in der größten Oppositionspartei (die jederzeit Regierungspartei werden kann) bekleiden können“. Die Unverschämtheit dieses Vergleichs liegt auf der Hand: Ernst Reuter, der keine Unbedenklichkeitserklärung von Leuten brauchte, die selbst mehr als bedenklich sind, hat in der kurzen Zeit, in der er der Kommunistischen Partei angehört hat, keinem Überfall auf fremde Länder und keinen Massenmorden Vorschub geleistet oder sie verteidigt. Er hat sich nachher als Demokrat mit der gleichen Leidenschaft sowohl der nazistischen als auch der kommunistischen Bedrohung der Freiheit entgegengeworfen. Demokratische Taten oder auch nur Bekenntnisse der ihr Recht auf heutige Betätigung im Vordergrund heischenden „früheren Aktiven der NSDAP“ sind bisher unbemerkt geblieben.

## II

Wer ist es aber, der uns mit so fragwürdigen Vergleichen den „Fall Überländer“ schmackhaft machen will? Der Autor des Buches nennt sich schlicht und einfach *Hermann Raschhofer*. Aus Gründen, die man erraten mag, rühmt er sich nicht dessen, Professor des Völkerrechts an der Universität Würzburg zu sein. Es geschieht kaum aus übergroßer Bescheidenheit. Übrigens verschweigt Raschhofer hier auch Verdienste um Überländer, die ihm ein anderer Überländer-Anwalt, der notorische *Kurt Ziesel*, nachsagt. In dessen Buch über den Fall wird Raschhofer (der 1942/43 mit Überländer im Kaukasus diente) nachgesagt, daß er Mitautor der Denkschriften war, in denen Überländer damals den selbstmörderischen Irrsinn der deutschen Rußlandpolitik kritisierte. Raschhofer soll, Ziesel zufolge, Überländer informiert haben, daß *Himmler* diesen deshalb in ein KZ stecken wolle. (Darauf basierte Überländers kühne Behauptung, er sei von den Nazis zum Tode verurteilt worden, was gar nicht stimmt.) Doch jetzt tut Raschhofer so, als hätte er sich nie dessen gerühmt, seinen Freund Überländer vor Himmlers Zorn gerettet zu haben.

Das ist aber schließlich seine Sache, die uns weniger interessieren muß als die Frage, wer eigentlich dieser Dr. Raschhofer ist, dem das angeblich tragische Schicksal früherer Aktiver der NSDAP so ans Herz greift. Es handelt sich um einen gebürtigen Österreicher, der schon lange in Deutschland lebt und sich unter Hitler vor allem die

publizistische und pseudowissenschaftliche Unterstützung der gegen Österreich und die Tschechoslowakei gerichteten Aggressionspolitik angelegen sein ließ. Schon eine 1933 erschienene Schrift<sup>2)</sup> „Großdeutsch oder Kleinösterreichisch?“ beginnt mit einem unmißverständlichen Bekenntnis:

„Die nationale Revolution hat in wenigen Monaten die politische Struktur Deutschlands von Grund auf verändert. Das Ermächtigungsgesetz ermöglichte legalerweise die Verlagerung des Ortes der politischen Willensbildung und Entscheidung vom Parlament in die Nationalsozialistische Partei... Außerdem zeigt jeder Vergleich . . . den *unglaublich disziplinierten Charakter der nationalen Revolution Deutschlands* . . . Im Nationalsozialismus gruppiert sich ein politischer Kader, der mit Bewußtsein vom Ganzen der geschichtlich existenten deutschen Nation her denkt und daraus seine Totalitätsansprüche rechtfertigt . . . Die (Wiener) Regierung hat den Weg zum entscheidenden Teil der österreichischen Bevölkerung — großdeutsch-nationalsozialistisch — leider nicht gefunden ...“

Alle die heute vergessenen Zeitschriften, in denen für Hitlers Angriffspläne die sachlich klingenden Vorwände bereitgestellt wurden — vor allem *Volk und Reich*, *Nation und Staat* und Berbers *Monatshefte für auswärtige Politik* — zählten Raschhofer dann zu einem wichtigen und häufigen Mitarbeiter. In dem ansprechend „Die tschechische Lüge“ betitelten Heft von *Volk und Reich* (Juni 1937) stammen drei der sieben Beiträge von Raschhofer. Auf ihren Inhalt muß man nicht weiter eingehen, wenn man sich den Brief vor Augen hält, den der gleiche Raschhofer am 18. Februar 1937 an den Legationsrat *Altenburg* im Auswärtigen Amt richtete. Es ging um etwas, was die Nazis für eine wichtige politische Waffe hielten oder zu halten vorgaben, nämlich um die Herausgabe der Denkschriften, die die tschechoslowakische Delegation 1919 der Friedenskonferenz vorgelegt hatte. Die entscheidenden davon waren in Wirklichkeit bereits 1920 veröffentlicht worden. Sie waren überhaupt nicht geheim — es handelte sich im Gegenteil um Propagandaliteratur —, und Dr. Raschhofer hatte sie offenbar als Makulatur in einer Altpapierhandlung erstanden. Er veröffentlichte sie nun in einer Aufmachung, die den Eindruck machte, es handle sich um einen von Forscherdrang bestimmten Beitrag zur Geschichtswissenschaft. Die Wahrheit stand in Raschhofers Brief und dessen Beilagen. „Heute kann ich Ihnen erst die Unterlage für die erbetene finanzielle Hilfe zur Veröffentlichung der tschechischen Memoires übersenden“, schrieb Raschhofer und schloß „mit verbindlichsten Grüßen und Heil Hitler! Ihr stets sehr ergebener“. Interessanter ist das Memorandum, das dieser nur der voraussetzungslosen Wissenschaft dienende Wahrheitsucher beischloß:

„Eine Veröffentlichung dieser Memoires würde jetzt nicht nur einen äußerst günstigen Zeitpunkt antreffen, sondern auch die Diskussion neu beleben und in erwünschtem Sinne vorwärtstreiben. Ihr Inhalt ist politisch von größter Bedeutung ... Die Memoires nehmen. . . (zu verschiedenen Fragen) in einer Weise Stellung, die ein starkes Echo in Polen, Ungarn und Österreich sichert.. . Weder die Einleitung (zu Raschhofers Publikation) noch die Schriftenreihe . . . innerhalb derer die Memoires erscheinen sollen, lassen das politische Interesse erkennen, dem die Herausgabe entspringt. Die politische Auswertung ist bereits mit den zuständigen Stellen besprochen und gewährleistet. Sämtliche sudetendeutschen politischen Persönlichkeiten... drängen auf beschleunigte Herausgabe der Memoires, von denen sie sich eine außerordentliche Stärkung ihrer Position erwarten.“

Er bekam natürlich den erbetenen finanziellen Zuschuß und nach vollbrachter Tat, nämlich nach der Wegräumung des tschechoslowakischen Hindernisses für Hitlers Welt-herrschaftspläne, auch eine Professur für Völkerrecht an der zur Reichsuniversität gemachten Deutschen Universität in Prag. Wir wollen es uns ersparen, alle die ungezählten Aufsätze zu zitieren, die Raschhofer dann zu Lob und Preis seines Führers und dessen Taten veröffentlicht hat — zum Glück haben vollständige Sammlungen

2) Soweit die im folgenden verwendeten Zitate nicht ungedruckten deutschen diplomatischen Akten entnommen sind oder dem Archiv des Verfassers entstammen, konnte er sie meist in den Beständen der Wiener Library, London, finden.

## WÖLFE IM DEMOKRATISCHEN SCHAFSPELZ

der von K. H. Frank in Prag von 1940 bis 1945 herausgegebenen Zeitschrift *Böhmen und Mähren* das Dritte Reich überlebt und können jederzeit herangezogen werden, falls irgend jemand irgend etwas ableugnen sollte. Man kann sich auf einige wenige Kostproben beschränken und z. B. darauf hinweisen, daß Raschhofer (*Volk und Reich*, 2/1941) es begrüßt hat, daß in der Hitler-Schöpfung Slowakei das „Judenproblem mit Entschiedenheit in Angriff genommen“ worden sei. So wie Hitler, hatte er plötzlich seinen Antikommunismus vergessen und jubelte:

„Im Osten stellen wir auf der Basis des vollzogenen Interessenausgleichs in der polnischen Frage ein weltpolitisches und wirtschaftliches Einvernehmen mit der russischen Macht fest, die Deutschland jeglicher Sorge vor einer“ Wiederkehr der Weltkriegssituation von vornherein enthoben hat.“

Als aber Hitler aus angeblicher Sorge vor einer Wiederkehr der Weltkriegssituation über die „russische Macht“ herfiel, rief das bei Raschhofer keinerlei Zweifel, sondern eine Begeisterung hervor, die sich (*Volk und Reich*, 12/1941) folgendermaßen entlud:

„Der grundlegende politische Vorgang ist ... die Konzentration der Mächte in der Mitte des Kontinents zu bisher nie dagewesener Stärke mit Hilfe einer neuen fortschrittlichen Herrschaftsstruktur, die durch die politische Weltanschauung des Nationalsozialismus... wie des Faschismus ... bedingt und genährt ist. Die Dialektik der Geschichte hat die Tendenz zur politischen Neutralisierung des deutschen Bereichs und seiner Herabwürdigung zu einer bloßen Wirtschaftsprovinz des kapitalistischen Westens — das eigentliche Ziel des Versailler Vertrages — mit einem unerhörten Gegenschritt beantwortet: durch die Vereinigung Deutschösterreichs und des alten Reichsbodens der böhmischen Länder zum Großdeutschen Staat unter der straffen Herrschaft des Nationalsozialismus hat sich jener fundamentale Strukturwandel, jene Aufladung und Zusammenfassung der politischen Energien eines Herrschaftsbereichs ergeben, die immer Vorbote und Rechtfertigung weitreichender territorialer Veränderungen gewesen sind.“

Von den Leistungen Raschhofers im Dienste K. H. Franks sei nur der den Tschechen zugedachte Hohn zitiert, daß die Tschechoslowakei vor 1938 „im Grunde nur ein verdecktes Protektorat war“. In diesem Aufsatz (*Die Tschechen und das neue Europa, Gedanken zur Rede des Staatssekretärs SS-Gruppenführers Karl Hermann Frank am 26. Februar 1943, Böhmen und Mähren*, 3-4/1943) findet sich folgender für Raschhofer charakteristischer Satz:

„Unter jenem Europäertum, das später seinen Tempel samt den Hohen Priestern nach Genf verlegte, verstand man alles, was von Landschaft, Heimat und Volk, von festen Bindungen und Ordnungen wegstrebte in Gefilde und Gefühle der Internationalität, zu den Idealen von 1789 und jüdischer Genossenschaft.“

Der Volk-und-Reich-Verlag brachte 1943 überdies noch ein „Böhmen- und Mähren-Buch“ heraus, in dem Raschhofer wieder mit zwei Beiträgen vertreten war. In dem einen begeisterte er sich für die „Wiederherstellung gesamteuropäischer Ordnung in diesem Raum“, den die „Führerentscheidung vom März 1939 verwirklicht“ habe, womit Hitlers Überfall auf Prag gemeint war. Der zweite Aufsatz erzählt die Mär, „das Reich“ habe „notgedrungen“ den Weg erst zur Konferenz in München und dann nach Prag betreten, als sich aggressive (!) Intransigenz der Gegenseite erwiesen hätte, „wobei die Juden eine große Rolle spielten“. Auch die amerikanische Diplomatie handle nur „getrieben vom amerikanischen Judentum“. Das führt zu dem Jubelschrei:

„Damit sind das tschechische Volk und sein Gebiet wieder unter die Überhoheit des Reiches gestellt worden, das es tausend Jahre lang beherbergt hat. Das geschichtliche Recht des Reiches hierzu ist in dem. Vorwort zum Führer-Erlaß in klassischen Worten beschworen worden. Der Führer-Erlaß ist ein Hoheitsakt des Reiches.“

### III

In seinem Buch über den Fall Überländer schlägt sich Raschhofer für jene Nazi-Aktivisten, die „fast ausnahmslos nach kurzer Zeit in grundsätzliche Gegnerschaft zu

Dogma und Praxis“ der NSDAP geraten sein sollen. Ob das bei anderen nun stimmt oder nicht, bei Raschhofer stimmt es ganz gewiß nicht. Der Mann, der seit 1933 Lobgesang über Lobgesang auf Hitler anstimmte, fand noch am 5. August 1944 im Prager *Neuen Tag*, es gehöre „zu den aufbauenden Leistungen der deutschen Außenpolitik, daß sie mit der selbständigen Slowakei den Gegenbeweis einer möglichen völkischen Europastruktur erbracht hat“. Seine Durchhalte-Appelle, vorsichtigerweise manchmal unter Pseudonymen, finden sich in dem Blatt so lange, als Durchhalten überhaupt noch Parole sein konnte. Im Januar 1945 schrieb er im schönsten *Goebbels-Jargon* von „Litwinow-Finkelstein“, obwohl ihm kaum unbekannt war, daß Litwinow nie Finkelstein geheißt hat. In der allerletzten Nummer von *Bahnen und Mähren* (Februar 1945) schwärmte Raschhofer noch unentwegt von den „zukunftsträchtigen Gestaltungsideen der nationalsozialistischen Reichsführung in Mitteleuropa“.

Und nachdem sich die Niederträchtigkeit dieser Ideen klar erwiesen hatte? Da steuerte Raschhofer ein Buch „Die Sudetenfrage“ bei (1953), das wieder, wie einst 1937, vorgibt, der Verfasser habe sich „nach bestem Gewissen um ausschließlich rechtliche Analysen“ bemüht. Es genüge der Hinweis, daß das nicht der Fall ist, sondern daß es sich um einen wissenschaftlich dürftig aufgeputzten Versuch handelt, Hitler, soweit es überhaupt geht, von jeder Schuld freizusprechen. Der einzige Unterschied gegen früher ist, daß Raschhofer nicht mehr vom „geschichtlichen Recht des Reiches“ auf Landraub und von den „klassischen Worten“ Hitlers spricht, sondern nüchtern festzustellen gezwungen ist, es habe keinen „zulänglichen Rechtsgrund für Hitlers Vorgehen gegen Böhmen-Mähren im März 1939“ gegeben. Als ob für derlei ein zulänglicher Rechtsgrund existieren könnte! Eine stärkere Verurteilung seiner eigenen Vergangenheit hat der Mann, der es wagt, den Namen Ernst Reuters zu mißbrauchen, unseres Wissens bisher noch nicht von sich gegeben.

## IV

Aber Raschhofer ist nur einer aus einer ganzen Gruppe, die die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik in ihrer Art zu beeinflussen sucht. Wenn wir von ihm so ausführlich gesprochen haben, müssen wir auch einen Blick auf einige andere seiner Art werfen. Da ist zunächst ein gewisser Dr. *Kurt Rabl*, der sich in ungezählten Aufsätzen, Broschüren usw. als ein unentwegter Vorkämpfer für Selbstbestimmungsrecht und Heimatrecht für jeden aufspielt. Es sei hier wieder nicht untersucht, mit wie fragwürdigen Argumenten und Methoden er dies tut. Heute erscheint es uns wichtiger, seine moralische Legitimation für diese Tätigkeit zu überprüfen. Nach eigener, allerdings nicht nach 1945 abgegebener Erklärung ist der 1909 geborene Rabl am 1. Januar 1934 in Wien in die NSDAP eingetreten. Da diese damals illegal war — sie wurde von der Regierung im Juni 1933 aufgelöst —, kann der Beitritt kaum aus kurzfristigen karrieristischen Motiven erfolgt sein; es muß schon so etwas wie Überzeugung mitgespielt haben. Zu Rabls Schmerz wurde er aber später nur mit der verhältnismäßig hohen Mitgliedsnummer 6 195 207 und dem Eintrittsdatum des 1. April 1938 anerkannt, also nach der „Befreiung“ Österreichs, das der in Breslau geborene Rabl als sein Vaterland ansah. Seit 1937 sei er, wie er schrieb, regelmäßiger Mitarbeiter „nationalsozialistischer Organe in der damaligen Tschechoslowakei“ gewesen und Ende 1937 als „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ in die Hauptleitung der Sudetendeutschen Partei *Henleins* in Prag eingetreten. Dort war er zuerst Pressechef, dann „dem Leiter der Verhandlungsdelegation mit Lord *Runciman* und der Regierung zugeteilt, von Fall zu Fall zur persönlichen Verfügung des Stellvertreters *Konrad Henleins*, *K. H. Frank*“. Mitte Oktober 1938 habe ihn die „Volksdeutsche Mittelstelle“ als „Rechtsberater“ für die dortigen Nazis nach Preßburg entsandt. Von dort hat er Ende 1938, als also die Slowakei noch Bestandteil eines

## WÖLFE IM DEMOKRATISCHEN SCHAFSPELZ

souveränen und demokratischen Staates war, drei Memoranden nach Berlin geschickt, die den heutigen Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes als Anwalt von dessen Vernichtung ausweisen. Die erste Denkschrift des angeblichen „Rechtsberaters für die deutsche Volksgruppe“ begann mit den Worten:

„Das Ziel unserer Politik gegenüber der Slowakei muß sein, die möglichst rasche und möglichst vollständige Eingliederung des Landes in den Vierjahresplan zu erreichen.“

Andere Idealziele Rabls waren die Schaffung einer „Intelligenz- und Polizeitruppe nach dem Muster der SS“ und die „rasche Arierisierung der slowakischen Wirtschaft und vor allem des slowakischen Bankkapitals“. Das zweite Memorandum warb für die bei einem „Rechtsberater“ erstaunliche Erkenntnis, daß „eine starke und lebensfähige Slowakei. . . auch von entscheidender strategischer Bedeutung“ sei. Konkret hatte der gegenwärtige Kämpfer für Menschen- und Heimatrecht folgende wenig menschliche Vorschläge:

„Zu empfehlen und durch geeignete Einflußnahme auf die führenden slowakischen Politiker nach Möglichkeit zu beschleunigen wäre die Übernahme der Nürnberger Gesetzgebung... Eine so wichtige und für unseren Einfluß hierzulande so entscheidende Frage wie die der Übernahme der Nürnberger Gesetze kann nur dann einseitig in der Slowakei entschieden werden, wenn das Land in weitestem Maße von Prag unabhängig ist. Daß ein gesamtstaatliches tschechoslowakisches Parlament eine derartige Gesetzgebung mit der Stimme des Juden Stransky und seiner Meute beschließt, ist vorläufig so gut wie ausgeschlossen. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß ein slowakisches Beispiel in dieser Richtung auch in den tschechischen Teilen des Staates anfeuernd wirken würde...“

Die dritte Denkschrift ist mit den Slowaken unzufrieden: das deutsche Element bleibe „bei der Berufung von Regierungskommissären ... in einzelne jüdische Unternehmen, deren Inhaber man auf kurzem Weg auszuschalten wünscht, so gut wie unberücksichtigt“. Eine weitere Fleißaufgabe Rabls war die Abfassung eines „Gesetzentwurfes über die Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe in der Slowakei“, der so sympathische Bestimmungen enthielt wie die folgende:

„Zur politischen Führung der deutschen Volksgruppe in der Slowakei, zu ihrer Erziehung im Geiste staatsbürgerlicher Treue und der nationalsozialistischen deutschen Weltanschauung, zur treuhänderischen Obsorge für ihre sittliche, leibliche und geistige Gesundheit und ihre Erbtüchtigkeit ist die Deutsche Partei berufen.“

Damit ja kein Mißverständnis entstehen kann, hat dieser derzeitige kompromißlose Anwalt des Selbstbestimmungsrechtes nicht verfehlt, darauf aufmerksam zu machen, daß „auf diese Weise, von der karpathendeutschen Regelung ausgehend, die Volksgruppenfrage — mit allen ihr innewohnenden außenpolitisch-machtmäßigen Möglichkeiten — auf dem gesamten Gebiet der Tschechoslowakei und auch in Ungarn in ihrer Bedeutung erhalten bzw. zur Reife gebracht werden (kann). Die Vorteile dieser Konfiguration sind offensichtlich“ — mindestens so offensichtlich wie die Tatsache, daß sie zur Vernichtung des Selbstbestimmungsrechtes der Tschechen und Slowaken gedacht war.

Hitlers außenpolitische Aktivität gab auch Rabl bald neue Betätigungsmöglichkeiten. Ende 1939 beglückte er noch die Universität in Preßburg mit sechs (von den Studenten zum Verdruß der Nazis boykottierten) Vorlesungen „Idee und Gestalt des Dritten Reiches“. Diese, die mit Wonne vermerkten, daß durch die Nürnberger Gesetze „das jüdische Element im größtmöglichen Umfang aus dem öffentlichen Leben des Deutschen Reiches ausgeschlossen“ worden sei, liegen sowohl slowakisch als auch holländisch gedruckt vor. Schon zu Neujahr 1940 trat Rabl in Krakau als Leiter des Referats Polnisches Recht in der Abteilung Gesetzgebung beim Generalgouverneur *Hans Frank* an, doch erfreuten sich die Polen nur kurze Zeit seiner Anwesenheit. Am 10. Mai 1940 überfiel Hitler unter anderem auch die Niederlande, und schon am 25. Mai machte ihn der neuernannte Fronvogt *Seyss-Inquart* zum Leiter der „Abteilung Rechtsetzung beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete“. In welchem Sinne

unter seiner Leitung „Recht“ gesetzt worden sein dürfte, kann man seinem Beitrag zum Sammelwerk *du Prel-Janke*, *Die Niederlande im Umbruch der Zeiten* (1941), entnehmen. Ihm zufolge „entfiel“ damals, „was infolge seiner parteimäßigen Gebundenheit nicht als echte Verkörperung des politischen Volkswillens der Niederlande angesehen werden kann“. Was die Niederländer selbst als echte Verkörperung ihres Volkswillens ansahen, fiel weniger ins Gewicht als die Begriffe dieses Musterdemokraten, der seine Betrachtungen in das Bekenntnis ausklingen ließ:

„Wenn der großgermanisch-mitteleuropäische Reidisbau der Zukunft von wahrhaft innerer Lebendigkeit sein soll, so muß vor allem diese Aufgabe gelöst werden: die germanischen Völker dem Reidisgedanken zu gewinnen.“

Rabl scheint aber an seinen Fähigkeiten, diese selbstgewählte Aufgabe zu bewältigen, bald gezweifelt zu haben, denn im Juni 1942 rückte er freiwillig zur Waffen-SS ein und diente bei der SS-Standarte Westland. Das rauhe Kriegerhandwerk ließ ihm jedoch genug Zeit, um im Dezember 1942 einen 17 Seiten langen Aufsatz „Weihnachtsgedanken“ zu Papier zu bringen. Die Weihnachtsgedanken eines wackeren SS-Schützen beschäftigten sich weniger mit Selbstbestimmungsrecht und ähnlichem „liberalistischen“ Gedankengut als mit Plänen für die Neugestaltung Europas, das ein „immerwährender Bund der europäischen Nordvölker“ regieren müsse, nach dem von Rabl aufgestellten Grundsatz „Träger der europäischen Ordnung ist der nordische Mensch“. Europa würde danach folgendermaßen aussehen:

„Die dem Bund zugeordneten Gebiete, die als unlösliche Bestandteile des Reiches und als seine Gefolgslandschaften anzusehen sind, werden von denjenigen Völkern bewohnt, deren germanische Substanz zu gering ist, um sie in den Kreis der ‚nordisch Bestimmten‘ aufzunehmen.“

Dieses erfreuliche Schicksal war in Rabls Tagträumen Böhmen, Mähren, Warschau, Cholm, Radau, Krakau, Lemberg, Wilna, Minsk, Riga, Reval, Kiew und Charkow zgedacht — und das preist sich jetzt als Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes an! Rabl dachte aber nicht nur an Europa, sondern wollte auch andere Teile der Welt glücklich machen: Syrien sollte vom „Immerwährenden Bund der europäischen Nordvölker“ gemeinsam mit Frankreich, der Sudan gemeinsam mit Italien verwaltet werden. Was Wunder, daß sogar im Amte Seyss-Inquarts diese Phantastereien mit der Randbemerkung versehen wurden: „Rabl ist immer noch Humorist.“ ...

Von seinem Tatendrang zeugt ein weiterer vor der SS in Amsterdam im Juli 1943 gehaltener und im Druck vorliegender Vortrag „Amerika, Rußland und Europa“ mit den von Goebbels ausgeliehenen antisemitischen Parallelen zwischen Amerika und Rußland sowie ein Schreiben vom 27. Mai 1944 an einen SS-Gruppenführer (offenbar *Rauter*). Hier wird der Adressat gebeten, dem Schreiber bei der Erfüllung eines Herzenswunsches behilflich zu sein: „Mein Bestreben ist, als SS-Führer der Waffen-SS eine Sonderlaufbahn einzuschlagen.“ Er möchte gern, schrieb er, SS-Richter werden, weil dort „das liberale Richtertum und die von der Ideologie der Französischen Revolution beeinflusste Auffassung von der Rechtsordnung, wie sie heute noch in unserer Richterschaft spürbar ist, zum ersten Mal ganz überwunden ist. Nach meiner Ansicht folgt daraus klar, daß wir die SS-Gerichtsbarkeit zum Vorbild für den kommenden Neubau der ganzen deutschen Rechtspflege machen müssen.“ Dieses Bekenntnis einer schönen Seele, das auch gleich eine Denunziation aufrechter Richter einschließt, wird von einem noch eindeutigeren gefolgt:

„Es macht Freude, hier die kommende SS-Führerschaft zu sehen. Sie wird unsere Revolution weitertragen, des bin ich gewiß, und dann an dem Platz mitzuhelfen, an dem ich etwas leisten kann, wird immer mein Wille und Stolz sein.“

Auch wenn Rabl jetzt, da es keine SS-Richterlaufbahn mehr gibt, von jener „unheilvollen Faszination durch die nackte Macht“ spricht, „der einst erlegen zu sein wir ehemaligen Nationalsozialisten heute als Irrtum und Verfehlung eingestehen“, würde

## WÖLFE IM DEMOKRATISCHEN SCHAFSPELZ

man diese Geständnisse ernster nehmen, wenn sie nicht bloß als Warnung an Nicht-deutsche ausgesprochen würden, in die gleichen Fehler den Deutschen gegenüber zu verfallen. Von tätiger Reue hat man in diesem und in anderen Fällen nichts bemerkt, geschweige denn von einer Mithilfe bei der Aufdeckung der im deutschen Namen begangenen Verbrechen.

### V

Gewerkschafter dürfte der Fall eines gewissen Dr. *Karl Valentin Müller* interessieren, der, aus Dresden stammend, im Krieg in Prag Leiter des „Instituts für Volksbiologie“ der Deutschen Universität war und jetzt in Nürnberg als Hochschulprofessor für Soziologie und Sozialanthropologie tätig ist. Seine Nachkriegsschriften beweisen „wissenschaftlich“ die Höherwertigkeit der Angestellten gegenüber den Arbeitern mit der kaum verhüllten Absicht, so einen Keil zwischen diese beiden Kategorien arbeitender Menschen zu treiben. (Merkwürdigerweise hat das Bonner Ministerium für Arbeit und Sozialordnung gerade ihn mit einer Untersuchung der Lage der Angestelltenschaft betraut.) Diese ins Gewerkschaftliche übertragene Herrenvolkstheorie hat ihre Wurzeln in den von ihm im Krieg entwickelten Thesen von den „rassenbiologischen Grundlagen deutscher Führungsfähigkeit“. Großzügig legte er damals auch für die Tschechen ein gutes Wort ein, indem er — natürlich „wissenschaftlich“ — bewies, daß die Tschechen eigentlich Deutsche seien. „Einen starken deutschen Bluteinstrom“ wollte er bei den Tschechen entdeckt haben. In dem schon genannten „Böhmen-und-Mähren-Buch“ ist er auch mit einem derartigen Beitrag vertreten, in dem es von schwulstigen Ausdrücken wie „Blutzucht“ und „tatzfeldsuchendem germanisch-deutschem Blut“ (bei den Tschechen!) nur so wimmelt.

Ein anderer gebürtiger Sachse, Dr. *Rudolf Urban*, hatte es sich im Krieg zur Aufgabe gemacht, die in dieser Sache besonders einsichtslosen Tschechen über die Gefahren des Weltjudentums zu unterrichten. Urban, der bereits 1929 im zarten Alter von 19 Jahren der NSDAP beitrug, sich bis 1945 mit der niedrigen Mitgliedsnummer 127 396 brüsten konnte, schon 1929 am NSDAP-Parteitag teilnahm und neben anderen Parteiämtern seit 1941 auch das des Landesleiters der Reichsschrifttumskammer in Böhmen und Mähren versah, veröffentlicht jetzt Analysen der Lage in der heutigen Tschechoslowakei, die sich meist, wie nicht bestritten werden soll, einer gewissen Objektivität befleißigen. Aber er hat die Unvorsichtigkeit, hin und wieder daran zu erinnern, daß er im Krieg ein Buch geschrieben hat, dessen verhältnismäßig harmloser Titel „Demokratenpresse im Lichte Prager Geheimakten“ dem Inhalt nicht gerecht wird. Weil das Prager Außenministerium (wie jedes andere) verschiedene Journalisten und Zeitungen subventioniert hatte, enthülle das, fand Urban damals, „das Bild einer Pressekorruption, wie sie eben nur in jüdisch-demokratischen Staaten möglich ist“. Auf den Ton rüdesten Antisemitismus ist das ganze (im übrigen gar nichts beweisende) Buch gestimmt, von dem die Nazis sogar eine italienische Ausgabe herausbrachten.

Auch *Walter Wannemacher* aus Prag macht heute in der Bundesrepublik wie so viele andere in antikommunistischer Propaganda, die offenkundig alles vergessen lassen soll, was vorher war. Nun, der ehemalige Wirtschaftsredakteur des „judenliberalen“ *Prager Tagblatt* verwandelte sich 1936 in den Chefredakteur von Henleins Zentralorgan und leitete in Prag während des Krieges das führende Naziblatt *Der Neue Tag*. Seine dort veröffentlichten Verteidigungen von Heydrichs antitschechischer Blutjustiz sind keineswegs so verschollen, wie er gerne möchte. In der von der „Antisemitischen Aktion“ herausgegebenen Zeitschrift *Die Judenfrage* ließ er sich über die „Wirtschaftsmacht der Juden im böhmisch-mährischen Raum und ihre Beseitigung“ folgendermaßen aus:



„Dieser ganze parasitäre Komplex, der die Wirtschaft des Protektorates überwuchert hatte, ist in zweijähriger Arbeit herausoperiert worden.“

Zu den sudetendeutschen Unschuldslämmern in der Bundesrepublik gehört **der** ehemalige Henlein-Abgeordnete Dr. *Hans Neuwirth*, der kürzlich bei den bayerischen Landtagswahlen ein erfolgloser CSU-Kandidat war. Seine Versuche, jetzt Konrad Henlein als einen 1937 durch tschechische Intransigenz Hitler in die Arme getriebenen, ursprünglich nichtnationalsozialistischen Kämpfer für die Rechte der Sudetendeutschen hinzustellen, wirken nur komisch; gegenteilige Beweise sind längst veröffentlicht worden und weitere werden veröffentlicht werden, die Neuwirths Beteuerung, daß „all diesen Menschen ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus als solchem fern lag“, als die grobe Irreführung entlarven, die sie darstellt. In diesem Zusammenhang wollen wir nur Neuwirths Behauptung, er habe so etwas wie einen gemäßigten Flügel der Henlein-Partei gebildet (in der mit geschickt verteilten Rollen gespielt wurde), eine Denkschrift entgegenhalten, die er am 15. Oktober 1938 verfaßte. Die Sudetendeutschen waren nach der demokratischen Auffassung inzwischen aus Freiheit in Sklaverei geraten, nach nationalsozialistischer aus Sklaverei in Freiheit. Leute, die nur für letzteres gekämpft haben wollen, nicht aber für irgendwelche imperialistische Ziele, hätten doch die folgenden Worte nicht niedergeschrieben:

„Kein Zweifel kann bestehen über das politische Ziel des Reiches: Sicherung des böhmischen Raumes unter dem Gesichtspunkt der Reichsinteressen, Einsatz des gesamten Reststaates im Dienste der vitalen Rechtsinteressen des Reiches... Heute liegt in Prag die Macht auf der Straße. Sie muß und wird von jemandem in nächster Zeit ergriffen werden. Für Reidi und Deutschtum besteht vordringlich die Frage: wer ergreift sie?“

Den Reichsinteressen wäre am besten gedient, führte Neuwirth aus, durch eine Methode der „evolutionären Bindung des böhmischen Raumes an das Reich“, wobei die Deutschen der Slowakei ein „ähnlich der seinerzeitigen Stellung des Sudetendeutschtums zweckmäßiges Instrument“ werden könnten, „um mit den Slowaken Politik zu machen“, d. h. die Slowaken gegen die Tschechen zu hetzen, damit man beide um ihre Freiheit bringen kann. Über die Tschechen erfand Neuwirth die Schauermär:

Bei angeblichen Exzessen „tritt ein merkwürdig brutaler mongoloider Typ in Erscheinung, den die Verwaltung nicht zu bändigen vermochte und der auch von dem üblichen Typ des tschechischen Bauern sichtlich absticht. Der Verfasser ist davon überzeugt, daß hier bisher noch viel zuwenig beobachtete rassische Momente eine wichtige Rolle spielen.“

Der jetzige Kämpfer für Selbstbestimmung und Heimatrecht war damals darauf aus, beides ungezählten Menschen zu rauben, indem er sogar Vorschläge für eine Zwangsumsiedlung bei gleichzeitiger Germanisierung des tschechischen Territoriums machte:

„Kommt es zu deutsch-tschechischen Beziehungen mit dem Ergebnis weitgehender Eingliederung der gewissermaßen tschechischen Reservation in den Bannkreis reichischer (sic!) Macht, kommt zwangsläufig eine neue Schicht Deutscher, weil eben die wirtschaftliche Eingliederung des Reststaates ohne kaufmännische Vertreter, ohne den Ingenieur und Techniker schlechthin, ohne die zur Kontrolle notwendigen Menschen und Fachleute nicht möglich ist... Hier (in Südmähren) wäre umzusiedeln: tschechische Grenzbauern gegen Bauern des Igellandes. Wird auf der Grundlage der Bereitstellung entsprechender Mittel vorgegangen, kann die Umsiedlung zum Anlaß genommen werden, an der so verbesserten Volkstumsgrenze mustergültig ausgestattetes deutsches Bauerntum zum Ansatz zu bringen, das schützt und wirbt.“

## VI

Unsere Übersicht hat sich bisher ausschließlich mit Helfern Hitlers beschäftigt, die von jeher im Lager der Rechten gestanden haben. Aber in unserer Galerie darf ein Mann nicht fehlen, der eine wesentlich kompliziertere Vergangenheit hat, so kompliziert, daß man sie hier nur kurz streifen kann. Dr. *Emil Franzel* war seit frühester Jugend sozialdemokratischer Publizist und hatte sich als solcher in der Bekämpfung der Sude-

tonazi spezialisiert. Er war einer der wenigen Deutschen der Tschechoslowakei, die sich nach Hitlers Machtantritt mit dem Prager Regime so vollkommen identifizierten, daß sie dem tschechoslowakischen Generalstab journalistische Ratschläge gaben und sich als Manöverberichterstatter betätigten. So stammt von Franzel ein Vorschlag, die reguläre Armee durch eine Miliz zu ergänzen, die der damalige deutsche Hitlergegner sich ohne Mitwirkung der deutschen Demokraten vorstellte:

„Diese Miliz, diese Mobilgarde der demokratischen Republik, müßte sich aus den besten und verlässlichsten antifaschistischen Elementen ergänzen, also aus den Legionären, dem Sokol und den Arbeiterorganisationen.“

Kurz darauf verkündete er als einzige Rettung vor Hitler die Umwandlung der Tschechoslowakei (ohne jede Erwähnung ihrer internen nationalen Probleme) in eine „jakobinische Republik“:

„Die jakobinische Demokratie, also die Herrschaft der kleinbürgerlichen, bäuerlichen und proletarischen Schichten... ist die einzige Form, in der auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung die Widerstandskraft der Nation zur Gänze mobilisiert, ihre Wehrkraft vervielfacht, die Konterrevolution durch Terror (!) gebrochen werden kann.“

Als T. G. Masaryk 1937 starb, löste das bei Franzel ein Trauerpathos aus wie das folgende:

„Nun ruht er in Böhmens heiliger Erde, die heilig ist, weil sie der Gottesgarten ist, in dem solche Riesen gediehen und gedeihen konnten. Sein Geist sei mit uns! Er helfe uns, so zu leben, daß wir vor ihm bestehen könnten, daß die Erde ihm leicht sei und er schlafen kann ohne Bangen um sein Vermächtnis.“

Um diese Zeit veröffentlichte er auch eine neue deutsche Übersetzung der tschechoslowakischen Nationalhymne... Wenige Wochen später hatte er heimlich Verbindung mit Henleins Naziartei aufgenommen, heimlich deshalb, weil er sich als Kandidat der demokratischen Parteien um die Leitung des Prager Volksbildungsinstituts „Urania“ erfolgreich bewarb. Das war im Januar 1938. In einer für die Deutsche Gesandtschaft in Prag von Franzel verfaßten Information vom November 1938 — Prag war damals noch Bestandteil eines demokratischen Staates! — hieß es über die „Urania“:

„Geistige Richtung: Bis Anfang 1938 liberal, seit dem Frühjahr 1938 Neuausrichtung im Sinne deutscher Weltanschauung im Gange; das für den Herbst 1938 aufgestellte Programm, das die neue Richtung der ‚Urania‘ eindeutig zum Ausdruck brachte, konnte infolge der politischen Ereignisse nicht mehr durchgeführt werden.“

Frühjahr 1938: Damals standen die deutschen Demokraten der Tschechoslowakei im erbitterten Abwehrkampf gegen die Gleichschaltungswelle. In diesem Augenblick machte sich Franzel, der einer ihrer lautesten Repräsentanten gewesen war, daran, eine demokratische Festung dem Nationalsozialismus auszuliefern. Die Vertreter des letzteren hatten keine Eile und schlossen mit Franzel erst am 30. Juni 1938 eine Vereinbarung, durch die die demokratische Mehrheit des Vorstands beseitigt und das Institut nazifiziert werden sollte. Zu Franzels Leidwesen konnte erst nach der Münchener Konferenz der Hinauswurf der Demokraten, z. B. des heutigen MdB *Ernst Paul*, und der Juden erfolgen — am 7. November 1938 versprach Franzel die „selbstverständlich in Kürze durchzuführende Arisierung des Vereins“, also einen Gewaltstreich des nationalsozialistischen Gangstertums auf dem Boden einer demokratischen Republik. Am 16. November 1938 berichtete er der Deutschen Gesandtschaft über von ihm unternommene Schritte, „um den jüdischen Einfluß auf die ‚Urania‘ so rasch als möglich zu liquidieren“. Im Dezember 1938 war das Werk der Kulturzerstörung vollendet und aus der „Urania“ ein nationalsozialistisches Institut geworden, in dem Franzel bald darauf — noch vor dem 15. März 1939 — Hitler seine Bewunderung dafür aussprach, wie er auf der Konferenz von München die „Festung Böhmen und Mähren geschleift“ habe.

## J. W. BRÜGEL

Franzel hat nicht die Ausrede, er habe nicht gewußt, was der Nationalsozialismus ist. Er hätte sich nur daran erinnern müssen, daß er kurz vorher von der geschichtlichen Aufgabe gesprochen hatte, in der Tschechoslowakei „das deutsche Kulturerbe zu bewahren und an ihm weiterzubauen, weil drüben im sogenannten Deutschen Reich eine kulturfeindliche Söldnerbande, ein Gang von Landsknechten ans Ruder gelangt ist“. Das gesamt-nationale Ziel könne nur sein, hatte er geschrieben,

„in dieser Zeit der Bedrängnis und der europäischen Entscheidungen nicht die Nachläufer der braunen Barbarei zu sein, sondern die Vorkämpfer der deutschen Freiheit und die Bannerträger der deutschen Geistigkeit. . . Verleugnen wir unsere Mission, machen wir uns zum Nachtrab Hitlers, so werden wir noch tiefer fallen als Hitlers Reich selbst!“

Statt dessen schrieb Franzel — wohlgermerkt, immer noch als Bürger eines demokratischen Staates, vor dem 15. März 1939 — Briefe an die Prager Deutsche Gesandtschaft, die mit der Wendung „Mit dem deutschen Gruß Heil Hitler Dr. Emil Franzel“ schlossen. Die zynische Ausrede, die er sich 1961 ersonnen hatte: „Es war jedermanns Sache, sich durch die NS-Jahre zu schlängeln, wie seinem Temperament am besten lag“, wird man gerade dem nicht abnehmen, der mit dem Schlängeln im vollen Bewußtsein dessen, wie tief man dadurch fällt, begann, ehe für ihn die NS-Jahre eingesetzt hatten. — . .

Es bedurfte einer gewissen Überwindung, dieses wenig appetitliche Kapitel zur öffentlichen Erörterung zu stellen, und man hätte es auch vermieden, wenn nicht besagter Herr Franzel heute in der Bundesrepublik den angesichts seiner Vergangenheit traurigen Mut hätte, sich als eine Art Sittenrichter für bundesrepublikanische Zuverlässigkeit zu etablieren und aufrechte Demokraten, die nie in ihrem Leben mit der braunen oder einer anderen Schande etwas zu tun hatten, am laufenden Band mit einem Schmutzkübel von Verdächtigungen zu überschütten. Der Mann, der die Konterrevolution durch Terror brechen wollte, beehrt besonders den DGB seit Jahren mit Beschuldigungen über Diktaturgelüste:

„Man wird in diesem Wahlkampf (1953) sagen müssen, wer in Deutschland einzig und allein die Freiheit und die Demokratie bedroht: die FDGB-Manager (!) in ihrem monopolistischen Machtanspruch . . . und die SPD mit ihren Plänen nach einer neuen Machtergreifung!“

Zwei Jahre später hieß es:

„Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die Diktatur der Gewerkschaften und des SPD-Apparates, die im Keim bereits da ist, nur ein Übergangsstadium zur Volksdemokratie sein kann. Hat die Sozialdemokratie seit 1919 irgend etwas anderes zustande gebracht, als überall und immer den Boden für die Diktaturen aufzulockern?“

Genug der Zitate! Alle diese Heldengestalten gefallen sich in einem hemmungslosen Antikommunismus, der ihre Vergangenheit übertünchen soll, und beschuldigen jeden, der ihre wirkliche oder angebliche Meinung nicht teilt, der HilfsStellung für den Kommunismus. Dabei ist die Möglichkeit ihres Auftretens in der Bundesrepublik ein direkter Hilfschenst für *Chruschtschow* und *Ulbricht*, die aus diesen die deutsche Nachkriegsdemokratie kompromittierenden und das Mißtrauen gegen alles Deutsche wachhaltenden Erscheinungen reichen Gewinn ziehen. Von keinem von ihnen hat man ein ehrliches Reuebekenntnis vernommen. Es ist höchste Zeit, ihnen mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß sie den von ihnen wie selbstverständlich genommenen Anspruch, als *Praeceptores Germaniae*, als Lehr- und Schulmeister eines nachhitlerischen Deutschland aufzutreten, ein- für allemal verwirkt haben.

## HELMUT GOLLWITZER

*Demokratie ist nicht nur Staatsform, sie ist zuvor schon Lebensform — und nur so kann sie dann auch Staatsform sein.*